

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gerstsdorf, Herrnsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschuldsdorf, Grumbach, Zirkwitz, Kufschappel, Wilsenbrand, Selma, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlau, Pleißa, Kufsdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Das Blatt jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mk. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Bande entgegen auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Nr. 37.

Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31.

Dienstag, den 15. Februar 1910

Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

60. Jahrg.

Bekanntmachung.

Bei der **Fürstlich Schönburgischen Sparkasse zu Waldenburg** (Schloßbezirk) wird vom 1. Juli 1910 ab der Zinsfuß für Einlagen von $3\frac{1}{2}$ Prozent

erhöht. In den ersten 3 Tagen eines Monats erfolgte Einlagen werden für diesen Monat voll mit verzinst.

Einlagen können in beliebiger Höhe bewirkt werden.

Waldenburg, den 12. Februar 1910.

Fürstlich Schönburgische Sparkassenverwaltung.
Arng. Schneider.

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen.

Von Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstages.

Propaganda ist eine nützliche Sache, deshalb wird es auch niemand auf sich nehmen, jetzt etwa vorauszusagen zu wollen, wie die Ausfuhr speziell Deutschlands sich stellen wird, nachdem die neuen Zollsätze in Kraft getreten sind. Für einige Artikel, wie z. B. billige Strumpfwaren, läßt sich allerdings schon jetzt voraussagen, daß sie nicht mehr auf dem amerikanischen Markt werden konkurrieren können. Genau so wie Glaswaren-Merkmale seinerzeit in seinen Exportinteressen auf das Schwerte durch den Mac Kinley-Tarif getroffen wurde, wie Württemberg durch den Dingley-Tarif die Hälfte der früheren Ausfuhr verlor, so werden auch jetzt namentlich diejenigen sächsischen Gebiete schwer leiden, die diese Artikel herstellten. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten sind darauf gerichtet, ihre eigene Industrie unter allen Umständen in die Höhe zu bringen. Das beweist z. B. die in dem neuen Tarifgesetz zeitweilig eingeführte Zollfreiheit auf Strickmaschinen, die lediglich auf die Schaffung einer eigenen Spitzenindustrie in der Union hinführt und im sächsischen Vogtlande ganze Industriegebiete schwerer treffen würde, wenn man bedenkt, daß z. B. die Ausfuhr aus dem Konjunkturgebiet Plauen und Eibenstock im Jahre 1909 über 7 Millionen Dollar betragen hat. Andererseits ist es einigen industriellen Branchen gelungen, die drohende Zollherabsetzung abzumildern, so daß sie auch noch weiterhin in das amerikanische Geschäft hineinkommen werden, und im übrigen hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt, daß es der deutschen Industrie durch ihre ganz außerordentliche Spezialisierung durch minutiöse Erzeugnisse und durch ihre große Nützlichkeit auf dem Weltmarkt immer noch gelungen ist, in neuen Artikeln und durch neue Muster wieder vorwärts zu kommen und dadurch die alte Höhe des Exportes sich zu erhalten, sie teilweise noch zu vergrößern. Trotzdem müssen die jetzigen Verhältnisse auf dem Weltmarkt einige Besorgnisse auslösen. Wir brauchen für die steigende Bevölkerung des Deutschen Reiches nicht nur eine Stabilität unserer Ausfuhr, sondern eine steigende Ausfuhr. Deren Vorbedingung sind günstige Handelsverträge und zu diesen günstigen Handelsverträgen kann weder der amerikanische, geschweige denn etwa der portugiesische Handelsvertrag gerechnet werden. Unsere Ausfuhr von 7 Milliarden Mark garantiert uns niemand. Wir müssen Jahr für Jahr durch die Qualität unserer Waren den Befähigungsnachweis für unsere Stellung auf dem Weltmarkt erbringen und es unterliegt für die Kenner auch des englischen Lebens keinem Zweifel, daß England sich jetzt bemüht, die Lässigkeit, welche es eine Zeitlang auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Wettbewerbes gezeigt hat, mit aller Energie wieder einzuholen. Der Kampf um die neuen Absatzmärkte der Welt, namentlich in denjenigen Ländern, die jetzt zur Kultur heranreifen und damit aus den größeren Bedürfnissen heraus auch größere Konsumen wirtschaftlicher Güter werden, wird zwischen denjenigen Völkern, die auf den Export ihrer Waren angewiesen sind, mit außerordentlicher Energie ausgetämpft werden. Der deutsche Kaufmann ist deshalb interessiert an einer starken auswärtigen Politik, und die Haltung, welche unsere Regierung beispielsweise in der Mannesmann-Angelegenheit einnimmt, erfüllt ihn nicht mit der Sicherheit, daß er sich in allen Fällen der Unterstützung der Regierung in diesem Kampf sicher weiß. Wenn in Reichstagsverhandlungen darauf hingewiesen wird, daß der Präsident des Deutschen Reichstages $3\frac{1}{2}$ Monate auf eine Antwort von

Reichsbehörden warten mußte, sogar auch dann erst an die endliche Antwort mahnen mußte, wenn es bei einer anderen großen Interessenvertretung, dem Handelsvertragsverein, vorkommt, daß er auf schriftliche Vorstellungen beim Reichspostamt überhaupt keine Antwort erhält, und der Versuch, mündliche Beschwerden der Industrie darzulegen, deshalb fehlschlägt, weil die Herren auf dem Reichspostamt für die Vertreter des Verbandes nicht zu sprechen sind, so sind das betrübende Zeichen der Zeit. Man kann nicht, wie der Abgeordnete Merkel sehr mit Recht ausführte, der Industrie lediglich immer den guten Rat geben, sie möge nur durch ihre oft bewährte Energie alles ausgleichen, was ihr an Schwächen entgegensteht; Handel und Industrie haben das volle Recht, zu verlangen, daß die betreffenden Reichsbehörden es als ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ansehen, mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der inländischen und der Exportinteressen der deutschen Industrie einzustehen, denn diese Interessen sind gleichzeitig Lebensinteressen des deutschen Volkes. Die Regierung hat im Interesse der Landwirtschaft gegenüber den Bestrebungen Amerikas auf Durchbruch der veterinärpolizeilichen Bestimmungen wegen der deutschen Fleischzufuhr den festen Standpunkt vertreten, nach dieser Richtung nichts zu konzedieren, um so mehr, als sie ja auch durch diese Konzeption irgendwelche Ermäßigungen des sogenannten Minimaltarifs nicht erreichen konnte. Niemand wird in den Kreisen der deutschen Industrie der Landwirtschaft deshalb gram sein, daß sie dies bei dem neuen Handelsabkommen ihrerseits durchgesetzt hat. Mit vollem Recht aber wird man in den Kreisen der Industrie fordern, daß dieselbe Energie auch angewandt werde, wenn es sich darum handelt, dem deutschen Handel neue Absatzgebiete zu erwerben, die deutschen Exportinteressen durch diese Anbahnung oder durch Abschluß günstiger Handelsverträge zu fördern.

Noch zwei Gesichtspunkte können bei Betrachtung dieses Vertrages nicht unberührt werden. Wenn man fragt, wann wir denn einmal einen günstigen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika bekommen, dann kann die Antwort nur dahin gehen: Wenn wir durch die Produktion unserer Kolonien wenigstens in einiger Beziehung unabhängig von der Rohstoffzufuhr aus den Vereinigten Staaten geworden sind. Von Seiten der Kolonialgegner wird darauf hingewiesen, daß es hundert Jahre dauern könnte, bis die deutschen Kolonien dasjenige an Baumwolle produzieren, was wir heute für den deutschen Konsum und die Wiederausfuhr von verarbeiteten Waren gebrauchen. Das mag sein, aber es darf eben in dem bisherigen Tempo nicht weitergehen. Es dürfen keine Mittel zu groß sein, um nicht alles aus den Kolonien herauszuholen, was an wirtschaftlicher Produktionskraft in ihnen steckt. Wenn wir unsere Kolonialpolitik von Anfang an unter kaufmännischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben hätten, dann würden wir heute viel weiter sein, dann würde vielleicht heute schon diese Produktion wenigstens mit einigen Prozenten des Weltkonsums ins Gewicht fallen können, während wir jetzt sozusagen erst am Anfang dieser Entwicklung stehen. Die Kolonialpolitik ist somit ein Teil der deutschen Wirtschafts- und deutschen Sozialpolitik und die Zeit scheint nicht mehr fern, wo auch deutsche Arbeiter sich eine Vertretung ihrer Interessen nicht mehr gesellen lassen werden, die in lauer Negation gegenüber diesen Anwendungen für wirtschaftliche Sozialpolitik besteht oder sich in einer platonischen Zustimmung erschöpft, die Mittel für diese Anwendungen aber verweigert. Die nationalliberale Partei steht heute nach dem ersten Vierteljahrhundert der deutschen Kolonialpolitik ihren Standpunkt gerechtfertigt, stets für eine derartige großzügige Kolonialpolitik eingetreten zu sein, oft im Widerstreit auch gegen be-

nachbarte bürgerliche Parteien, welche sich zu diesem Standpunkt erst später bequemen konnten. Die nationalliberale Partei kann aber weiterhin gerade aus der Betrachtung der gegenwärtigen Lage der Exportpolitik auch den Schluß ziehen, daß die von ihr innegehaltene Politik der mittleren Linie in bezug auf die wirtschaftlichen Interessen von Industrie, Handel und Landwirtschaft die richtige gewesen ist. Wir müssen unsere Export aufrechterhalten, ihn weiter zu fördern versuchen; dazu zwingt uns das Gewicht der Struktur des deutschen Wirtschaftslebens, das Gewicht der Rücksicht auf die Millionen der deutschen Bevölkerung, die von ihr abhängig sind. Deshalb wird sich die nationalliberale Partei jederzeit wehren gegen eine Politik des Zollkrieges mit allen Ländern, in die uns die Forderungen des Bundes der Landwirte bei dem letzten Zolltarif hineingetrieben haben würden.

Sie wird sich aber andererseits auch wehren gegen diejenigen wirtschaftspolitischen Bestrebungen, welche in Vertennung der Kraft des inländischen Marktes alles auf die eine Karte der Exportpolitik setzen wollen und damit unsere Wirtschaftsförderung, der zu einer solchen Politik nicht genügend geträgt ist, weil ihm die Fundierung durch Rohstoffversorgung aus den Kolonien fehlt, den bestmöglichen Erschütterungen aussetzen würde. Ebenso wie die Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Kolonialpolitik die Haltung der nationalliberalen Partei gerechtfertigt hat, so wird auch die Zeit kommen, wo die früheren Gegner nationalliberaler Wirtschaftspolitik ihr zustimmen werden in den Bestrebungen, die sie nach dieser Richtung auf dem Gebiete des Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen vertreten hat.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung, Sonnabend, den 12. Februar.

Am Tische des Bundesrats: v. Seeringen. Das Haus ist ganz schwach besetzt.

Eingegangen ist das Hausarbeitsgesetz und das Arbeitsamtgesetz.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Die Abgg. Will (Zentrum, Elßner), Pauli-Potsdam (Konf.) und Boehle (Soz.) demängeln Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Oberst Wandel erwidert, die Lohnhöhe sei ausreißend, bei Erzeugung des Strohlohnes durch Zeitlohn würden die Arbeiter schlecht fahren.

Abg. Goerde (Natf.): Erforderlich sei jedenfalls, daß die Arbeiter in den Militärverhältnissen nach ihren Leistungen bezahlt würden. Dem Obersten Wandel dürfe man nicht wissen, daß er die Löhne beim „Vorwärts“ sind. (Ruf links: Reichstagenverband!) Nein, Herr Fischer, man weiß das aus den Angaben des Herrn Reichshäuser und des Arbeitsausschusses beim „Vorwärts“.

Und wenn Sie von dem „Reichstagenverband“ sprechen, so sind Sie ja eben erst in Kassel eingetroffen, wo Sie den Wahrheitsbeweis gegen jenen Verband nicht einmal versucht haben.

Abg. Mommsen (Freis. Vag.): Man sollte jetzt erwägen, ob nicht dieselben Gründe, die für die besondere Lohnherabsetzung in Spandau sprechen, auch für Danzig Geltung haben.

Oberst Wandel: Wenn Handwerker und Arbeiter Wünsche haben, so müssen sie den geordneten Weg über die Arbeiterausschüsse gehen. Organisationen, wie etwa der „Bund der Handwerker“, von dem einer der Herren sprach, dürfen sich nicht in den Gang der Dinge mischen. Daß die Lohnordnung etwas unübersichtlich geworden ist, liegt daran, daß seit 1904 so viele Veränderungen zugunsten der Arbeiter getroffen worden sind.

Es folgen dann u. a. noch längere Auseinandersetzungen zwischen dem Abgg. Goerde (Natf.) einerseits und Stadthagen und Fischer (Soz.) andererseits über die Arbeiterverhältnisse im „Vorwärts“.

Bei der Forderung für Vernehmung der Krawallwagen äußert

Abg. Storz (Südd. Vp.) die Besorgnis, die umfangreiche Benutzung von Automobilen könne vielleicht das richtige Empfinden für die Leistungsfähigkeit von Mann und Pferd abschwächen.

Kriegsminister v. Seeringen: Diesen Ein-

druck könnte man ja vielleicht haben, aber bei den Mäandern habe er eine Befähigung etwa durch Zunahme der Erkrankungen von Mannschaften und Pferden nicht gefunden.

Unter den einmaligen Ausgaben hat die Kommission die Forderung für neue Schießstände bei Düsseldorf geteilt. Die Forderung wird gegen die Stimmen des Zentrums und des Sozialdemokraten wieder hergestell.

Auf eine Anfrage erwidert Staatssekretär Wermuth, daß sich ein Gesetzentwurf über die Beitragspflicht des Reiches an Gemeinden für Reichsbetriebe im Bundesrat befindet, wo er hoffentlich in einigen Wochen erledigt werde. Der Entwurf werde dann noch in dieser Tagung dem Hause zugehen.

Angenommen wird weiter eine Resolution der Kommission betreffend die genügende Wahrung der öffentlichen Interessen beim Verkauf des Kämpelhofer Feldes. Damit ist der Militäretats erledigt.

Kriegsminister v. Seeringen: Zu meiner Ueberraschung habe ich im Protokoll gelesen, daß Herr Ledebour gestern die Güte gehabt hat, beim Abgang von der Tribüne mir zuzurufen: „Also er kneift!“ Ich glaube, es ist nicht angemessen, mich auf irgendeine Verteidigung einzulassen. Ich will jetzt nur ausführen, warum ich ihm nicht geantwortet habe. In erster Linie aus dem Grunde, weil ich es für ganz nutzlos halte, mit den Herren der Sozialdemokratie darüber zu streiten, welche Bedeutung die Eidesleistung in der Armee hat. Zwischen unserer und ihrer Auffassung über die Pflichten gegen den Monarchen und den Staat gäbe es Abgrund. Sie beabsichtigen ja auch gar nicht, eine Uebereinstimmung der Ansichten zu erzielen. Sie suchen Gegensätze hervorzurufen und zu schüren. Der Abgeordnete hat selbst dafür gestern den deutlichsten Beweis geführt, als er die Stabilitätsorder aus dem Jahre 1798 verlas. Er hat dabei nicht berücksichtigt, daß in Nummer 20 des „Reichsanzeigers“ vom 28. August 1895, also schon vor ziemlich langer Zeit, eine offizielle Erklärung des Kriegsministers Bronart v. Schellendorf enthalten ist, wonach schon im Jahre 1798 Generalfeldmarschall v. Mollendorf bei einer dreifachen Fällung erklärt hat: (Hört, hört!) Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete sich bemüht zum Mitheser einer tatsächlichen Fällung gemacht hat. Ich muß dies aber zur Steuer der Wahrheit vortragen. Als ich am 29. Januar die von Herrn Ledebour gestern angeführten Worte gebrauchte, schwebte mir der Vergleich vor zwischen den Verfassungskämpfen in Hessen und den Kämpfen, die in den 60er Jahren in Preußen geführt wurden. Daß ich das Beispiel von Kurhessen nur als negative herangezogen habe und auch gestern nur das meinte, geht für jeden ganz klar hervor, wer die Vorgänge der damaligen Zeit in Kurhessen kennt. In Kurhessen, wo die Armee auf die Verfassung vertheidigt war, wurde sie durch die inneren Kämpfe ganz unwillkürlich mit in die inneren Wirren hineingezogen. Sie löste sich auf, sie wurde lahmgelagert für jede äußere Gefahr. Ganz anders war es in Preußen. Denken Sie an die Konfliktzeiten! Die preussische Armee, nicht auf die Verfassung vertheidigt, war absolut unberührt von jenen politischen Kämpfen. Sie konnte ihrer Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes ungehindert durch irgendwelche inneren Wirren weiter genügen. (Sehr gut!) In den Kämpfen 1864-66 und dann auch 1870, wie hätte es ausgefallen, wenn die preussische Armee mit an den politischen Wirren teilgenommen hätte. Die Schlagfertigkeit der Armee hätte darunter sehr gelitten. (Lebhafte Zustimmung.) Das schwebte mir vor. Ich meine, diese Beispiele gegeneinander gehalten, sind so padernd, daß jedes weitere Wort von mir überflüssig ist. Ich habe das anführen wollen für alle diejenigen, die mich verstehen wollen, nicht für den Abgeordneten Ledebour, darauf verzichte ich. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.) sucht dem Kriegsminister zu erwidern: „Sie stimmen natürlich dem Minister zu. Tatsache ist, daß der Minister, ebenso wie Herr v. Oldenburg und Graf Mirbach, indirekt für die Verfassung Partei genommen und dem Verfassungsbruch das Wort geredet hat.“

Vizepräsident Dr. Spahn: Das dürfen Sie nicht sagen!

Abg. v. Oldenburg: Ich habe schon neulich den Sinn meiner Äußerungen klargestellt. Jetzt muß ich abtreten. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Ledebour: Wenn Herr v. Oldenburg den Sinn seiner Äußerungen nachträglich anders darstellt und nur ein Beispiel für äußerliche Disziplin gegeben haben will, so ist das eine be-